



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 71/2010 Kiel, 21. Mai 2010

Redeauszug - Es gilt das gesprochene Wort!

Ortsbeiräte

Mitglieder mit beratender Stimme zulassen!

In der gestrigen Sitzung der Ratsversammlung erklärte die stellvertretende Vorsitzende FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke, zu ihrem Antrag „Beratende Mitglieder in Ortsbeiräten“ (TOP 10.11):

„Das Rechtsamt der Landeshauptstadt Kiel stellte im November 2006 Folgendes fest: „Gemäß § 47c Abs. 3 GO gelten die Vorschriften über die Ausschüsse mit Ausnahme des § 46 Abs. 4, 5, 8, 10 für die Ortsbeiräte entsprechend. Da § 46 Abs. 2 GO festlegt, dass Fraktionen, die bei der Sitzverteilung nach d’Hondt keinen Sitz erhalten würden, berechtigt sind, ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss zu entsenden, bedeutet dies, dass ein entsprechender Anspruch auch für die Entsendung eines zusätzlichen Mitglieds in die Ortsbeiräte besteht.“ Auf der Grundlage dieser Feststellung wurden ab dem Jahr 2007 Mitglieder mit beratender Stimme in die Ortsbeiräte von Fraktionen entsandt.

Rechtlich ist festzuhalten, dass es für und gegen die Wiedereinsetzung bürgerlicher beratender Mitglieder in Ortsbeiräten gute Gründe gibt. Für die frühere Auffassung des Rechtsamtes wie die jetzige gibt es eine Argumentation, von der man nicht sagen kann, sie sei von vornherein falsch. Anlässlich eines Gesprächs bei der Stadtpräsidentin im März ist von Seiten des Rechtsamtes auch eingeräumt worden, dass beide Auffassungen gut begründbar sind. Damit steht fest, dass im jetzigen Stadium niemand sagen kann, welche Auffassung richtig ist.

In so einem Fall kann man verschiedene längere Wege wählen oder aber den politischen Weg gehen und die Klarstellung durch eine Änderung der bestehenden Regeln der Geschäftsordnung für Ortsbeiräte herbeiführen.

Hinsichtlich der beratenden Mitglieder waren sich noch während der Überarbeitung der Geschäftsordnung für Ortsbeiräte alle Beteiligten einig, dass Unklarheiten durch eindeutige Formulierungen ausgeräumt werden sollten. Diesen Weg können wir jetzt weiterverfolgen. Daneben sprechen auch politische Gründe dafür, beratende Mitglieder in den Ortsbeiräten zu haben.

Ortsbeiräte sind Basisdemokratie. Hier sollen die Stimmen aller Parteien, die in der Ratsversammlung als Fraktion vertreten sind, zu Wort kommen. Wenn die Ergebnisse im Ortsbeiratsbezirk nicht ausgereicht haben, um ein ordentliches Mitglied zu entsenden, dann gibt ein antrags- aber nicht stimmberechtigtes Mitglied der jeweiligen politischen Richtung Ausdruck und nimmt so auf die Willensbildung bzw. Entscheidung Einfluss.

Ein weiterer politischer Grund: Mehr Begeisterung für Kommunalpolitik wecken!! Wie wollen wir denn vermitteln, dass Jugendliche bzw. unterschiedliche Bevölkerungsschichten überhaupt noch bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, wenn einfachste, grundlegende Formen des Engagements so ausgeschlossen werden? Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer